

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksache 11/7646 —**

**Ergebnis der Vorstandswahlen bei der Deutschen Höheren Privatschule  
in Windhoek**

1. Welche Konsequenz wird die Bundesregierung aus dem Ergebnis zu den Vorstandswahlen bei der Deutschen Höheren Privatschule (DHPS) in Windhoek ziehen?

Die Vorstandswahlen des Schulvereins der DHPS Windhoek am 21. Juni 1990 sind als Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses zu respektieren. Die Bundesregierung wird, wie bisher, intensiv darauf achten, daß der in Gang gesetzte Prozeß der Öffnung der Schule für Kinder, die nicht deutscher Herkunft sind, in Übereinstimmung mit dem Beschuß des Deutschen Bundestages vom 7. März 1990 fortgesetzt wird.

2. Wie schätzt die Bundesregierung die „Pfui“- und „Buh“-Rufe ein, mit denen die Rede des deutschen Botschafters, Herrn Ganns, laut Namibia-Nachrichten vom 24./25. Juni 1990, mehrmals unterbrochen wurde, in der er an die Versammlung appellierte, das gesamte, in der Elternschaft vertretene Meinungsspektrum in den Vorstand zu wählen?

Die Mißfallensäußerungen auf der Jahreshauptversammlung des Schulvereins bezogen sich nach Kenntnis der Bundesregierung nicht auf den von Botschafter Ganns vorgetragenen Appell, das gesamte, in der Elternschaft vertretene Meinungsspektrum in den Vorstand zu wählen.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Eltern von Kindern, deren Muttersprache eine andere als Deutsch ist, nicht in das Gremium gewählt wurden?

Die Bundesregierung hätte es begrüßt, wenn auch Eltern von Kindern, deren Muttersprache eine andere als Deutsch ist, in den Vorstand gewählt worden wären. Wie gesagt, respektiert sie die Ergebnisse demokratischer Wahlen.

4. Wie sieht die Bundesregierung die Entwicklung der DHPS auf dem Hintergrund des am 7. März 1990 im Deutschen Bundestag einstimmig gefaßten Beschlusses, wonach die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen hat, daß alle deutschen Schulen im Ausland den Charakter einer Begegnungsschule erhalten sollen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

5. Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Förderung der DHPS, welche mit knapp 5 Mio. DM weltweit die höchste Förderung für eine deutsche Schule erhält, sofort grundsätzlich überdacht werden muß und u. U. die Zuschüsse an die DHPS ganz eingestellt werden müssen?

Nein.

6. Unter welchen Bedingungen kann nach Meinung der Bundesregierung die DHPS in Zukunft eine wichtige Rolle für die nationale Versöhnung in Namibia spielen?

Wenn die DHPS auf dem erfolgreich begonnenen Weg der Öffnung der Schule für alle Bevölkerungsgruppen Namibias fortschreitet, wird sie einen wichtigen und auch von der namibischen Regierung erwünschten und anerkannten Beitrag für die nationale Versöhnung in Namibia leisten.